

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich
mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstätten und J. B. v. Schweitzer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 22/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tblr. (fl. 1. 45. sabb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Spandauerbrücke 5, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* **Berlin, 18. Dez.** [Ueber ministerielle Verlegenheiten] im gegenwärtigen Augenblicke schreibt man von hier der „Ab. Ztg.“ und, wie der Correspondent versichert, nach zuverlässigen Angaben „einer mit den Stimmungen in ministeriellen Regionen wohl vertrauten Person“: „die Regierung befinde sich dem Landtage gegenüber ohne Programm, jedenfalls ohne die zum Nachhausefchicken der Abgeordneten erforderlichen Rechtsnormen und mit ihrem schleswig-holsteinischen Programm gegenüber den Mächten Europas ohne die mindeste Aussicht auf Erfolg. Es sei als positiv anzunehmen, daß alle europäischen Kabinette sich entweder durch ihre hiesigen Vertreter oder zu den preussischen im Auslande rückhaltlos gegen die Eroberungs-Politik und die Gebietsvergrößerung Preussens im Norden Deutschlands ausgesprochen haben. Nach Außen und Innern ohne Alliierte, scheine man im Ministerium nicht mehr die Politik des Wollens, sondern nur noch die des Wünschens zu treiben, die auf den Zufall und auf die Fehler der Gegner rechnet; Herr v. Bismarck erscheine verschlossen und in seiner nächsten Umgebung spreche man nur mehr von der diplomatischen Herrlichkeit vergangener Tage; der Gegenwart und nächsten Zukunft würde mit Achselzucken gedacht. Man gebe nun zu verstehen, daß man zwar noch gerade so wie früher zu Allem fähig sei und zum Alliierten auch den Teufel sammt Großmama nehmen würde, aber — staatsmännische Rücksichten für obwaltende Bedenkslichkeiten u. s. w. rathen zur weiteren Verschleppung in der Lösung aller inneren und äußeren Fragen etc. Dem gegenüber werde indessen von Personen versichert, die der Umgebung des Hofes nahe stehen, daß in höheren Militärkreisen mit größter Bestimmtheit der Wunsch nach energischer Durchführung der Einverleibungspolitik ausgedrückt worden sei, und daß Äußerungen von einer hohen Person vorlägen, welche auf den Umfang der Opfer hindeuten, die Preußen der Annexion der Herzogthümer bringen müßte. Daß bei dieser Gelegenheit das Wort „Dictator“ gefallen und daß mit anderweitigen Feldzugsplänen auch das Projekt für die parlamentarische Sistirungs-Campagne angedeutet worden sei, das wolle der Correspondent nur erwähnen, um auf die oberste Stufe der Wünsche zu deuten, die man in jenem Theil des feindlichen Lagers zu erklimmen hoffe, wo die Säbel-Optimisten das große Wort führen. So wie die Dinge jetzt lägen, zweifelten die Freunde des Herrn v. Bismarck, daß den Habsburgern und der Verfassung der Krieg erklärt würde. Oesterreichs unbewegliche Haltung in Holstein und der scheinbare Erfolg seiner Manöver in Ungarn habe der Politik des preussischen Kabinetts einen augenblicklichen Halt geboten; die österreichische Regie-

rung wisse jedoch, daß man nicht zum bloßen Spaß 6 Mill. Thlr. für die Armirung der schlesischen Festungen und eine weit höhere Summe für den augenblicklichen Bedarf der in Schlesien und Sachsen zusammenziehenden Armee-Corps in die Kassen des Kriegsministeriums habe fließen lassen. Wenn der Augenblick gekommen sein sollte, dem Wiener Hofe ein Ultimatum zu stellen, so werde man sich nicht wie in Gastein und Salzburg durch persönliche Rücksichten davon abhalten lassen.“ — Mögen nun diese Behauptungen mehr oder minder richtig sein, so viel ist gewiß, daß man kleinlauter geworden ist und sich vorläufig zuwartend verhält, aus Gründen, auf welche wir wiederholt hingewiesen haben.

— [Aus den Elberzogthümern] erfährt man, daß von preussischer Seite Versuche gemacht werden, nunmehr auch den dem preussischen Gouvernement gleichfalls sehr unbequemem österreichischen Statthalter v. Gablenz das Schicksal seines Vorgängers ereilen zu lassen, d. h. ihn hinaus zu halbhubern. Jedoch soll General Gablenz diesen Bestrebungen des preussischen Kabinetts in sofern entgegenkommen, als es seit geraumer Zeit sein Wunsch sein soll, abberufen zu werden. Ueber den Unterschied, der zwischen beiden Gouvernements, dem preussischen in Schleswig und dem österreichischen in Holstein, thatsächlich bestehen soll, schreibt übrigens die „Kieler Zeitung“:

„In Schleswig verbietet man überhaupt die Zeitungen, die am Landesrecht festhalten; in Holstein belegt man jede einzelne Nummer mit Beschlag, in der die Rechtsüberzeugung des Landes etwas lebhafter oder stärker zum Ausdruck kommt, als man in Berlin wünschen mag. Man kann fragen, welches System schlimmer ist. In Schleswig will man die Gewissen mit Kolben erschlagen; in Holstein will man sie mit einschläfernden Mitteln leise betäuben.“

Condominiöse Zustände!

— [Die Oldenburgische Candidatur betreffend] meldet der „Hamburger Correspondent“ zur Berichtigung verschiedener Zeitungsnotizen, daß der Herzog von Oldenburg schon zur Zeit der Gasteiner Verhandlungen sich erboten habe, sein Erbrecht auf die Herzogthümer für 2 Millionen Thaler an Preußen abzutreten, daß Preußen hierauf aber nicht eingegangen sei.

— [Preussische Pressschicksale.] Das Resultat der gemeldeten Verhandlung gegen die eingegangene „Berl. Abdtg.“ wegen eines Artikels über den Glasgower Skandal war, wie man hört, die Verurtheilung des Verfassers, Splittgerber, zu drei Wochen Gefängnis und des ehemaligen Redacteurs Professor Reislag zu 30 Thlr. Geldbuße. — In Königsberg wurde am Donnerstag verhandelt gegen den Literaten Klein aus Danzig und den ehemaligen Redacteur der „Königsb. Hart. Ztg.“ Drn. v. Hakenkamp, und zwar wegen einer im letzteren Blatt erschienenen Correspondenz des Drn. Klein, betreffend eine Verammlung des liberalen Vereins im Schützenhause, in welcher der Abg. Koppell Bericht erstattete. Keiner der Angeklagten war erschienen. Die Anklage findet in der Correspondenz eine Beleidigung der Königsberger Staatsanwaltschaft und

eine Ehrekränkung gegen den König. Die Verhandlung geschah unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Wie die „Königsb. H. Z.“ mittheilt, ist Dr. Klein wegen dieser Vergehen zu zwei Monaten und Dr. v. Hakenkamp zu weiteren drei Monaten Gefängnis verurtheilt. — In Düsseldorf stand am Freitag die Redaction der „Rhein. Ztg.“ vor Gericht und wurde verurtheilt: 1) wegen eines Artikels über eine „gesprungene Kanone“ d. d. Berlin, 11. August in Nr. 223 der Verfasser Hr. Kortmann und der verantwortliche Redacteur zu je 25 Thaler; 2) wegen des Neuen Preussischen Briefes in Nr. 205 der „Rhein. Ztg.“ 2. Blatt, in welchem vier Sätze die Grenzen der gegenwärtigen Preuß. Pressfreiheit überschritten haben sollen, der verantwortliche Redacteur nochmals zu 25 Thlr. In der zweiten Sache war auch wieder Hr. Kaulen als Verleger der „Rhein. Ztg.“ mit angeschuldigt. Derselbe wurde aber freigesprochen.

* **Wien, 15. Dezbr.** [Ungarische Hoffnungen. Thronrede. Vom böhmischen Landtage. Der Handelsvertrag mit England.] Hier hängt natürlich gegenwärtig der Himmel voll Sorgen. Man erwartet mit Bestimmtheit einen Ausgleich mit Ungarn und findet für diese Hoffnung Nahrung in dem günstigen Eindruck, welchen die Thronrede des „Königs von Ungarn“ gemacht hat. Wäre nur nicht der leidige Umstand, daß dabei jeder Theil sich das Seine denkt, und diese Gedanken doch sehr von einander abweichen, so würde sich die Sache ganz sicher zur Zufriedenheit beider machen. So sicher ist der Ausgleich noch keineswegs. Die Thronrede wählt die Pragmatische Sanction als Ausgangspunkt, aber nicht als unverrückbaren Punkt des Beharrens (wie die Ungarn wünschen), weil in den folgenden Absätzen wesentlich nur die Selbstständigkeit der inneren Rechtsgestaltung und Verwaltung und die Wiederherstellung des Königreiches zugestanden wird. An der Großmachtstellung der Monarchie müsse die durch die Sanction und späteren Gesetze verbürgte Selbstständigkeit des Landes ihre Schranke finden. Mehr noch! Von dem Diplome vom 20. October wird gesagt, daß die gemeinsame, verfassungsmäßige Behandlung der in demselben bezeichneten gemeinschaftlichen Angelegenheiten ein unabwiesliches Erforderniß des einheitlichen Bestandes und der Machtstellung des Reiches bilde, dem jede andere Rücksicht untergeordnet werden soll.“ — Wie sich die Ungarn dem gegenüber verhalten werden, ist abzuwarten. Sind und bleiben sie widerhaarig, so bleibt der österreichischen Regierung thatsächlich nichts übrig, als eine vollständige Verlegung des Schwerpunkt nach Ofen und mit seiner Großmachtstellung ist es vorbei. — Aus Prag vom Böhmischen Landtag wird telegraphirt:

In der heutigen Sitzung des Landtages haben die Mitglieder des Herrenhauses Fürst Carl v. Auersperg, Graf Hartwig, Altgraf Salm und Graf Althan ihre Mandate niedergelegt und diesen Entschluß damit motivirt, daß der Regierungskommissar durch seine Erklärung in der Adressdebatte, der Reichsrath besitze nicht zu Recht, die Mitglieder des sistirten Reichsrathes dem Hohne der den Reichsrath ablehnenden Landtags-

partei preisgegeben habe. Der Regierungskommissar Graf Lazansky wies den ihm gemachten Vorwurf zurück.

Die General-Correspondenz meldet, daß der englisch-österreichische Handelsvertrag heute unterzeichnet worden sei. Die Dauer des Vertrags ist auf zehn Jahre festgestellt.

* **München**, 16. Dec. [Die Palastrevolution], obwohl in derselben die bekannte Katastrophe eingetreten, scheint insofern noch nicht beendet, als jetzt ihre Folgen im Parteitreiben erst recht fühlbar werden. Von ultramontaner sowohl als von liberaler Seite ist man mit „Enthüllungen“ aufgetreten, wozu die einen von einem „Verschwörungsplan“ zu erzählen wissen, vermittelt dessen Bayern durch Richard Wagner und seine Partei revolutionirt und dann Preußen überliefert werden sollte, während die andern mit der Entdeckung eines beabsichtigten großartigen v. d. Pfordten-Pfistermeister'schen „Reactionsplans“ an's Tageslicht getreten sind. Die Sache hat jedenfalls das Gute, daß die guten Bayern wieder einmal aus ihrem Gemüthlichkeitsdusel zu einigem Leben aufgeweckt wurden. Von Nürnberg aus ist eine Agitation zur Beseitigung der Cabinetregierung im Gange.

Ausland.

* **Paris**, 15. Dec. [Tagesbericht.] Die Botschaft Johnsons, besonders die Stelle über die Monroe-Doctrin soll in Compiègne schon in der telegraphischen Fassung das größte Aufsehen gemacht haben; die auffallend knappe Fassung der Depesche (bei Havas) ist auch in Paris aufgefallen. Die französischen Blätter sind gespannt, welche Inspiration ihnen aus den officiellen Sphären zu gehen wird. — Der Admiral Pareja hat, auf Verlangen des dänischen Consuls in Santiago, die Ladung des chilenischen Fahrzeuges „Constancia“, das er in Beschlag genommen, wieder ausgeliefert, da dasselbe nachweislich Eigentum dänischer Kaufleute in Valparaiso gewesen. Man fürchtet das Bombardement nicht mehr und hofft in Santiago mit Bestimmtheit auf einen friedlichen Ausgleich. Dennoch ließ die chilenische Regierung in ihren Bemühungen nicht nach, mit den südamerikanischen Republiken Schutz- und Trugbündnisse abzuschließen. Aus England traf heute die Nachricht ein, daß Herr Osma, ein spanischer diplomatischer Agent, mit dem letzten Dampfer sich zum Admiral Pareja begeben, um ihm in friedlichem Sinne gefasste Instruktionen zu überbringen. — Aus Spanien verlautet, daß die Gerüchte vom Ausbruche einer carlistischen Bewegung in Burgos sich nicht bewährt haben. — Der Kaiser hat in den letzten Tagen auffallend viel gearbeitet. Die Eingeweihten in Compiègne meinen nun, daß, indem man im Begriffe stehe, sich der römischen und der mexicanischen Schwierigkeiten zu entledigen, man auch Belgien dabei in Betracht ziehe. — Seinen Sohn hat der Kaiser übrigens unter dem Drange der Geschäfte nicht vergessen. Er führte ihn noch vor zwei Tagen auf die Jagd. Dieselbe fand im großen Park Statt, und der kaiserliche Prinz erlegte fünf zahme Kaninchen und vier nicht wilde Fasanen. Das Entzücken über die Geschicklichkeit des Thronfolgers wollte im Compiègner Schlosse natürlich kein Ende nehmen. Ist ja auch der Wähe werth! Fünf Kaninchen und vier Fasanen! Morgen wird Paris wieder so glücklich sein, den Kaiser in seinen Mauern zu haben. — Nach den neuesten Nachrichten aus Mexico (Vera-Cruz, 17. Nov.) hat Langlais, der von den Tuilerieen ernannte mexicanische Finanz-Minister, jetzt endlich eine Conferenz mit dem Kaiser Maximilian gehabt und in Folge derselben beschlossen, „auf Basis des französischen Budgets ein mexicanisches Budget“ anzufertigen. Dies Budget wird wohl, wenn es auch wirklich in Kraft treten sollte, von nicht mehr langer Dauer sein.

— 16. December. Nach einer Depesche der „Agence Havas“ findet in London Jedermann die Botschaft Johnson's „sehr befriedigend.“ Die „France“ schreibt: „Die englischen Capitalisten haben Vertrauen in die finanzielle Zukunft der Vereinigten Staaten genug, um sechspromentige Bonds der Vereinigten Staaten zum Preise von 64 pCt. zu kaufen.“ Ist das ein Trost für Napoleon? Wir bezweifeln es. Je näher für Frankreich die Gefahr eines Seekrieges tritt, desto

mehr verzieht sich für England die Gefahr eines ernstlichen Zerwürfnisses mit der Union, und je ärger der Kaiser Napoleon mit der Monroe-Doctrin in's Gedränge geräth, desto kostbarer muß ihm ein Einvernehmen mit England werden, desto theurer muß er die „Entente cordiale“ bezahlen, und desto zahlreicher wird er in europäischen Dingen auftreten, desto kleiner bei Lösungen begeben müssen. Hat König Leopold wirklich geflissentlich und bewußt die Franzosen in den mexicanischen Projecten bestärkt, so hat er für Belgien's Deckung einen Meisterzug gethan, obwohl ihm oder vielmehr seiner Tochter dadurch schwere Opfer auferlegt wurden, daß die Prinzessin Charlotte den Traum von einer Kaiserkrone erster nahm als ihr Vater, der bekanntlich, als es mit der Annahme Ernst wurde, behaft abrieth und sich auch zu keinen großen Hülfsgeldern bereit finden ließ. — Drouyn de Lhuys will die Actenstücke, die zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in der mexicanischen Frage ausgetauscht wurden, und worauf die Botschaft Johnson's Bezug nimmt, im gelben Buche abdrucken lassen. Da in Washington die Veröffentlichung bereits erfolgt sein wird, so kostet diese französische Aufrichtigkeit keinen starken Entschluß mehr. Der Kaiser, welcher jetzt wieder in den Tuilerieen weilt, hat in Compiègne Tag für Tag von Morgens 8 bis 12 Uhr gearbeitet; seit Jahren sah man ihn nicht so angestrengt beschäftigt. — Den pariser Journalen ist die Weisung zugegangen, die Botschaft des Präsidenten in friedlichem Sinne aufzufassen. Die Monroe-Doctrin sei in derselben nur als Princip, nicht aber als eine Weisung für diese oder jene Macht aufgestellt. — Die „France“ meldet die Ankunft des Fenier-Chefs Stephens in Paris; sie will die Nachricht aber nicht verbürgen. — Die officiösen Conferenzen zur Entwerfung der Grundbedingungen des Handelsvertrages zwischen Frankreich und Oesterreich haben in Paris am Donnerstag begonnen und nehmen einen so raschen Verlauf, daß schon in nächster Zeit die officiellen Verhandlungen in Wien eröffnet werden können. — Im Widerspruch mit allen bisherigen Nachrichten aus Florenz behauptet das heute erscheinende „Mémorial Diplomatique“, daß der römische Hof wegen der Uebernahme eines Theiles der römischen Schuld durch Italien nicht direct mit der florentiner Regierung, sondern mit Frankreich unterhandeln werde. Die betreffenden Unterhandlungen werden ihm zufolge zwischen dem französischen Botschafter und dem Cardinal Antonelli geführt, und es soll alle Hoffnung vorhanden sein, daß dieselben ein günstiges Resultat liefern werden. In diesem Falle mußte aber der Papst mit dem Könige von Italien ein Arrangement eingehen wollen. — Die Nachricht der „Patrie“, daß der Kaiser Maximilian bei der Wiener Regierung um die Ermächtigung angekommen sei, die 10,000 Mann, die ihm Oesterreich in den nächsten fünf Jahren zu stellen hat, sofort anwerben zu dürfen, wird von dem „Mémorial Diplomatique“ dahin berichtet, daß die mexicanische Regierung nur verlangt habe, „die Lücken, welche im österreichischen Corps in Mexico entstehen, durch sofortige Anwerbungen unter den ausgedienten österreichischen Soldaten ausfüllen zu dürfen.“ Dieses ist dem genannten Blatte zufolge bewilligt worden und man unterhandelt gegenwärtig über die Anzahl der „Lückensüller.“ — Der Beichtvater der Königin Isabella, der sich sechs Wochen in Rom aufgehalten, ist plötzlich nach Spanien zurückgekehrt. Er hat seitdem Reisen nach Saragossa und Barcelona gemacht. Seine schnelle Rückkehr hat zu den verschiedenartigsten Gerüchten Anlaß gegeben.

* **London**, 16. Dec. [Fenierprozeß. Revolution in Buenos-Ayres. Revolution in Peru. Amerikanische Finanzen.] Der in Dublin zu lebenslänglicher Strafbewertung verurtheilte John O'Donovan (Kossia) war schon im Jahre 1859 wegen Theilnahme an der Phönix-Verschwörung, deren er sich schuldig bekannte, angeklagt gewesen und damals gegen Bürgerschaft auf freien Fuß gesetzt worden. Das erklärt wohl die ungewöhnliche Strenge des Strafurtheils. Vor der Special-Commission in Cork, die gestern ihre Sitzungen eröffnet hat, erwarten zwanzig angeklagte Fenier ihr Verdict. — In Irland werden

Subscriptionen veranstaltet, um einen Unterstützungsfonds für die Familien der Verhafteten und Verurtheilten zusammen zu bringen. Nach der Dubliner „Evening Post“, die durchaus nicht feindsig gestimmt ist, bestätigt es sich vollkommen, daß Stephens in Paris angekommen ist. Von der britischen Regierung soll keine Auslieferung verlangt worden sein, weil er aus dem Gefängnisse ausgebrochen sei; in Antwort auf diese Forderung aber soll die französische Regierung den britischen Gesandten auf das Verbrechen, dessen Stephens ursprünglich angeklagt gewesen sei, hingewiesen und ihm bedeutet haben, daß die kleinere Verletzung (das Ausbrechen aus dem Gefängnisse) sich in dem ihm zur Last gelegten höheren politischen Verbrechen verliere; daher der Flüchtling nicht ausgeliefert werden könne. Mit derselben Post, welche die Präsidenten-Botschaft gebracht hat, kam auch die Nachricht, daß der Fenier-Senat in New-York Sitzung hält, daß der Fenier-Präsident Bonds mit der Signatur der irischen Republik auszugeben gedenkt, darüber aber mit dem Senat in constitutionellen Zwist gerathen ist, und daß in Neu-Braunschweig ein Fenier-Einfall beabsichtigt wird. Die Times bemerkt dazu: Wir erschrecken nicht mehr vor der Nachricht, daß amerikanische Bürger unter den Augen ihrer Regierung sich offen zu einer Invasion in das Gebiet Ihrer Majestät rüsten. Hier handelt es nicht um Neutralität; denn Neutralitätsrechte und Pflichten setzen durchaus einen Stand der Feindseligkeit voraus. Hier ist aber der einfache Fall eines von einzelnen Menschen ohne Vorwand gegen eine freundliche Macht angefangenen Privatkrieges.

Der Fenier-Prozeß in Cork hat vorgestern angefangen. John McCafferty kam zuerst an die Reihe; da er aber nicht weniger als 17 Geschworene zurückwies, bestand die Jury schließlich zur Hälfte aus Ausländern. Im Zeugenverhör wurde gestern der Spion Nagle vernommen und die Jury dann über Nacht eingeschlossen. Sonst ist, wie den „Times“ gemeldet wird, der Gang der Verhandlungen gerade so, wie in Dublin. Den „Times“ wird aus Dublin telegraphirt: „Gestern Nacht waren alle Truppen in den Kasernen consignirt. In Cork werden während der Prozeß-Verhandlungen 4000 Mann die Stadt bewachen.“ — Ein Telegramm aus Lissabon bringt die übrigens bestätigungsbedürftige Nachricht, daß in Buenos-Ayres eine Revolution gegen den Präsidenten der La-Plata-Staaten, Mitre, ausgebrochen sei. — Die Revolution in Peru hat durch Eroberung der Hauptstadt Lima am 6. Nov. die Oberhand gewonnen. Der neue Präsident Cansco hatte das höchste Kommando übernommen und in Lima und Callao die Ordnung hergestellt. Der flüchtige Präsident Pezet hatte an Bord des britischen Kriegsschiffes Shearwater ein Asyl gefunden und wollte sich über Panama nach England begeben. — Dem „Boston Journal“ geht aus Washington eine Depesche zu, welche die Staatseinkünfte der Union für das jetzige Finanzjahr auf 275 Millionen Doll. in Papier und 125 Millionen in Gold veranschlagt. Wenn der Präsident seinen Entschluß, die Ausgaben unter 100 Millionen zu reduciren, durchführen könne, so sei nach Abtragung der Zinsen noch auf einen Ueberschuß von 100 Millionen zu rechnen, welcher zur Tilgung der Nationalschuld oder zur Einziehung eines Theiles der Greenbacks zu verwenden sei. Doch würde im Congress auch der Versuch gemacht werden, statt der Herstellung einer Metallwährung lieber die Steuern zu vermindern. — Wie verlautet, enthält die Schatzkammer gegenwärtig 14 3/4 Millionen in Gold und 30 Millionen in Papier. Es standen noch aus 5,645,000 Doll. in alten Certifikaten, 50,316,000 Doll. in neuen Certifikaten und 51 Millionen in Goldcertifikaten. In den Kriegs- und Flottendepartements ergab sich eine Ausgabeverminderung von mehr als 11 Millionen für November d. J. im Vergleich zu November 1864. In hiesigen Geldmännertreuen hegt man allgemeines Vertrauen zu den Finanzen der Union. —

* **Spanien**. [Königin. Allgemeine Stimmung.] Die Königin soll sich gegenwärtig in sehr bedenklichen Gesundheitsumständen befinden, in einer Lage, die es äußerst zweifelhaft erscheinen läßt, ob sie ihre Entbindung überleben wird. Die wunderbarsten Gerüchte sind darüber im Umlauf. Man